IMT Nuremberg Archives

H – 2862

International Court of Justice

H2862 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date: 19 July 1948

I certify that Document Number EC-3 was introduced into evidence as Exhibit Number USA-318 in the Trial by the International Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

FRED NIEBERGALL
Chief, Document Control Branch

DCB-36 (102447)

H2862 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document EC-3 No. USA-318 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C. .

Nuremberg, 28 June 1948

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

Ausf.: Verb. Stelle

EC-3

Oberkommando der Wehrmacht des Heeres

Geheime Kommandosache

HD

INTERNATIONAL MILITARY T...
NURNBERG, GERMA...
USA Exhibit 318
Filed Dec 17, 1945

Wirtschaftsaufzeichnungen

A 090571

H2862 - 0004

Jahrgang vom bis
RECCA D.R.W.Z.
Helter ES-Triumpf

EC-3
1

Pink Folder 17-A.
I Goering.

Abschrift zu V.P.7191/41 g Rs

Der Reichsmarschall
des
Großdeutschen Reiches

Berlin, den 29. April 1941. 3.

Geheime Reichssache

An den
Oberbefehlshaber des Heeres
Herrn Generalfeldmarschall von Brauchitsch

Der Führer hat mich für den Fall "Barbarossa" mit der einheitlichen Leitung der Wirtschaftsverwaltung im Operationsgebiet und in den politischen Verwaltungsgebieten beauftragt. Für die Bearbeitung und Durchführung der hierfür notwendigen Organisation sowie ihren späteren Einsatz habe ich einen Führungsstab gebildet, der mir unmittelbar untersteht und in meiner Vertretung von Staatssekretär Körner geleitet wird. Ihm gehört u.a. der General d.Inf. Thomas, Chef Wi Rü Amt im OKW an. Nach seinem Vortrag am 30.3.41 bei Ihnen, Herr Feldmarschall, hat mir General d.Inf.Thomas vorgeschlagen, für das Operationsgebiet (Armeegebiet und rückwärtiges Heeresgebiet) die von mir bestimmten Organe der Wirtschaftsführung bei den Kommandostellen des Heeres einzusetzen.

Meine Weisungen, die sich auf alle Gebiete der Wirtschaft einschl.Ernährung und Landwirtschaft erstrecken, gehen über den Führungsstab unmittelbar an den von ihm in meinem Auftrage vorgezogenen Wirtschaftsstab Generalleutnant Schubert und an die weiter vorn eingesetzten Wirtschaftsorgane.

Der Wirtschaftsstab Generalleutnant Schubert, der sich in unmittelbarer Nähe des OKH/Gen Qu befinden wird, hat OKH/Gen Qu, die übrigen Wirtschaftsorgane haben diejenigen militärischen Befehlshaber, bei denen sie eingesetzt sind, laufend zu unterrichten. Erfordert die Durchführung meiner Weisungen, dass Anweisungen an die Truppe zu bestimmten Handlungen oder Unterlassungen gegeben werden müssen, oder der Einsatz des Inhabers der vollziehenden Gewalt notwendig ist, werden meine Forderungen vom Führungsstab über den Wirtschaftsstab Generalleut-

A 090572

H2862 – 0005

EC-3
2

H2862 – 0006

nant Schubert an OKH/Gen Qu, bezw, von den übrigen Wirtschaft organen an den für sie zuständigen militärischen Befehlshaber geleitet, um sie auf dem militärischen Befehlswege zur Durchführung zu bringen.

Wollen die militärischen Befehlshaber sich der von mir eingesetzten Wirtschaftsorgane für Zwecke der Heeresversorgung bedinen, stehen sie den Kommandobehörden, bei denen sie eingesetzt sind, hierfür voll zur Verfügung.

Ich nehme an,dass von Seiten des Heeres hiergegen keine Bedenken bestehen und bitte um Bestätigung.

gez. G ö r i n g .

A 090573

EC-3
J

Lfd. Nr.	Eig. Nr.	Abs. Nr.	Absender	Inhalt	Blatt-zahl
1	118/41	—	Chef Wi Rü Amt	Befehl über die niederzulegenden Hilfszeichnungen	1
2	17/41 g Kdos v. 14.8.41		3. Ausf.	Wirtschaftsaufzeichnungen für die Zeit v. 1. - 14.8.41	5
3	31/41 g Kdos v. 16.9.41.		3. Ausf. 18.8. d. Ln. → Ba.	Wirtschaftsaufzeichnungen für die Zeit v. 15.8. - 16.9.	6
3a	32/41	411/41	Wi Stab Ost	Rückgabe der lfd. Nr. 3	1
4	320/41	-	-	Fehlmeldung für Zeit v. 17. - 30.9.	1
5	45/41 g Kdos	-	Chef Wi Rü Amt	Wirtschaftsaufzeichnungen per 31.10	2
6	260/41 g	-	"	" 30.11.	3

A 09057

H2862 – 0007

H2862 - 0008

Verb.St.d.OKW/Wi Rü Amt . O.U.,den 25.11.41.
beim Reichsmarschall.
Nr. 260/ 41 g.

Bezug : Befehl des Chefs Wi Rü Amt im OKW v. 29.7.41.

Betr. : Wehrwirtschaftsaufzeichnungen abgeschlossen 30.11.41.

An den
Chef des Wi Rü Amtes,
General d.Inf. Thomas,
B e r l i n .

Die in der Berichtszeit gelegentlich geäusserten Auffassungen sind in der Niederschrift der Sitzung vom 8.11.41 enthalten. Vergleiche Reichsmarschall des G.R., B. für den V.J.P. Nr. 19 203/ 6 g v. 20.11.41. Nach dieser Zeit war der Reichsmarschall nicht im Hauptquartier-Standort Ost, sodass Vorträge nicht stattfanden.

Damit für die vorliegenden Berichte eine Vollzähligkeit der Darstellung erhalten bleibt, werden die "Allgemeinen Grundsätze für die Wirtschaftspolitik in den neubesetzten Ostgebieten" auf Grund der Ostsitzung in Berlin vom 8.11.41 nachstehend abschriftlich aufgeführt :

"I. Für die Dauer des Krieges sind die Erfordernisse der Kriegswirtschaft das oberste Gesetz jedes wirtschaftlichen Handelns in den neubesetzten Ostgebieten.

II. Auf lange Sicht gesehen werden die neubesetzten Ostgebiete unter kolonialen Gesichtspunkten und mit kolonialen Methoden wirtschaftlich ausgenutzt. Eine Ausnahme gilt nur für die Teile des Ostlandes, die nach dem Auftrag des Führers zur Eindeutschung bestimmt sind, auch sie unterliegen jedoch dem Grundsatz der Ziffer I.

III. Das Schwergewicht aller wirtschaftlichen Arbeit liegt bei der Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion.

Durch billige Produktion unter Aufrechterhaltung des niedrigen Lebensstandards der einheimischen Bevölkerung sind möglichst hohe Produktionsüberschüsse zur Versorgung des Reiches und der übrigen europäischen Länder zu erzielen. Auf diese Weise soll neben möglichst weitgehender Deckung des europäischen Nahrungsmittel- und Rohstoffbedarfs gleichzeitig für das Reich eine Einnahmequelle erschlossen werden, die es ermöglicht, einen wesentlichen

A 00575

H2862 - 0009

Teil der zur Finanzierung des Krieges aufgenommenen Schulden unter möglichster Schonung des deutschen Steuerzahlers in wenigen Jahrzehnten abzudecken.

IV. Die Weiterverarbeitung kommt in den besetzten Ostgebieten nur insoweit in Frage, als dies unbedingt erforderlich ist

a) um das Transportvolumen zu verringern (also Weiterverarbeitung grundsätzlich bis zum Stahl- oder Aluminiumblock),

b) um den dringenden Reparaturbedarf im Land zu decken,

c) um während des Krieges auf dem Rüstungssektor Kapazitäten auszunutzen.

Wie weit mit Rücksicht auf die Überlastung der europäischen Industriekapazitäten während des Krieges die Wiederaufnahme der Fabrikation von Lastkraftwagen und Traktoren in Aussicht genommen werden kann, bleibt noch zu entscheiden.

V. Eine nennenswerte Verbrauchsgüter- und Fertigwarenindustrie darf in den besetzten Ostgebieten nicht entstehen. Es ist vielmehr Aufgabe der europäischen, insbesondere der deutschen Industrie, die in den besetzten Ostgebieten produzierten Rohstoffe und Halbfabrikate zu veredeln und den dringendsten Bedarf der kolonialwirtschaftlich auszunutzenden Ostgebiete an industriellen Verbrauchsgütern und Produktionsmitteln zu decken. Je mehr Produkte des täglichen Bedarfs wir nach Russland liefern, um so mehr Rohstoffe können wir herausziehen, um so grösser wird die Spannungsdifferenz in den Werten und um so eher werden unsere Kriegsschulden abgezahlt.

VI. Eine Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Verbrauchsgütern kommt nicht in Frage. Allen Tendenzen auf Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards ist vielmehr von vorneherein mit schärfsten Mitteln entgegenzutreten. Art und Menge der in die neubesetzten Ostgebiete zu liefernden Verbrauchsgüter und Produktionsmittel ist mit den Wirtschaftsdienststellen der Reichskommissare abzustimmen.

Auch das Ostland darf zunächst mit Verbrauchsgütern nur in allerbescheidenstem Umfange beliefert werden. Der

A-09057

H2862 – 0010

auf lange Sicht gestellte Auftrag zur Eindeutschung des Ostlandes darf nicht zu einer allgemeinen Erhöhung des Lebensstandards für alle dort wohnenden Völkerschaften führen. Nur die im Ostland befindlichen oder dort anzusiedelnden Deutschen und die einzudeutschenden Elemente dürfen besser gestellt werden.

VII. Das russische Preis- und Lohnniveau ist so niedrig wie irgend möglich zu halten. Jede Störung der ausschliesslich auf die Interessen des Reiches auszurichtenden Preis- und Lohnpolitik wird rücksichtslos geahndet werden.

Auch für das Ostland gilt der Grundsatz, dass die Überschüsse, insbesondere auf dem landwirtschaftlichen Sektor, zu möglichst niedrigen Preisen ins Reich fliessen müssen."

A 099577

82-3
7

Verb.St.d.OKW/Wi Rü Amt
beim Reichsmarschall

O.U.,d.31.1o.41

Geheime Kommandosache

Bezug: Befehl des Chefs des Wi Rü Amtes im OKW vom 29.7.1941

W i r t s c h a f t s a u f z e i c h n u n g e n

abgeschlossen 31.1o.41

Der Reichsmarschall nahm Kenntnis von dem Bericht des OKW/Wi Rü Amt Nr. 32o8/41 vom 2.1o.1941 über die voraussichtliche Entwicklung der wehrwirtschaftlichen Lage Rußlands mit Fortschreiten der Operationen nach Osten. Seine Auffassung ging dahin,daß abgegebene Urteile im ganzen zu gut für die Russen seien. Die Wegnahme des Donezbeckens würde sich z.B. für die Uralindustrie ganz entscheidend auswirken,weil hierwie auch im Bericht erwähnt- die einzige verkokbare Kohle für die Uralstahlgewinnung sei.Man müsse auch die kolossalen Verkehrsschwierigkeiten erheblich in Ansatz bringen und daher die Weiterproduktion im ostwärtigen Europarußland und Sibirien geringer einschätzen.

Demgegenüber wurde darauf hingewiesen,daß die Ausarbeitung des Wi Rü Amt zunächst nur die tatsächlich bekannten und wahrscheinlichen Rohstoff- und Fertigungsbasen einem Urteil unterzogen habe und daß insofern die Beurteilung zu gut für die Russen sei,als nur anzunehmende aber in ihrem Ausmaß kaum abschätzbare Störungsmomente bei dieser Ausarbeitung nicht mit berücksichtigt wurden.

Andererseits gab der Reichsmarschall der Meinung Ausdruck, daß man allerdings ja damit rechnen müsse,daß uns manche Neuanlagen der Fertigung noch nicht bekannt seien,wie dies bei den Flugzeugwerken wohl heute schon feststehe. Die Frage sei auch noch,inwieweit es den Russen gelungen sei,aus den von uns besetzten Gebieten wirtschaftlich so zu räumen,daß man von einer Verlagung von Betrieben oder Teilen derselben wirklich sprechen könne. Man müsse im großen gesehen doch davon ausgehen,daß den Russen der Abbau der Maschinen wohl meistens gelungen sei,aber schon beim Verladen hätten sie nicht alles mitbekommen,die Transporte seien stecken geblieben, ganze

Züge

A 090578

H2862 – 0011

EC-3
8

H2862 - 0012

Züge seien immer wieder von den deutschen Fliegern zerstört oder sonst vernichtet worden.

Das alles erschwere doch den mit der Maschinenräumung beabsichtigten Wiederaufbau an anderer Stelle ganz erheblich. Natürlich gäbe es Ausnahmen. Über das Donez-Gebiet könne man ja zunächst auch nur feststellen, daß geräumt sei; ob hier angesichts der längeren Zeit, die zur Verfügung stand, wirklich Brauchbares für den russischen Wiederaufbau weiter ostwärts gerettet werden konnte, ließe sich wohl noch nicht erkennen. Im großen und ganzen könne man mit einer umfangreichen Verlegung nach rückwärts wohl kaum rechnen.

Die im Bericht des Wi RÜ Amt erwähnte Ernährungslage sieht der Reichsmarschall als zu gut geschildert an. Die Überschußgebiete (Wolga, Süd-Ural und Mittelsibirien) seien ja doch immer nur Überschußgebiete für ihre Einwohnerzahl. Demgegenüber wurde betont, daß wichtige Zuschußgebiete (z.B. Leningrad - Moskau - Odessa) wiederum für die Russen fortgefallen seien. Aber auch hier meinte der Reichsmarschall, daß den Russen - auch angesichts der Transportlage und der ganz anderen Dispositionen - erhebliche Schwierigkeiten entstehen würden.

Die Ausarbeitung über die Möglichkeiten des Nachschubs aus USA usw. (OKW/Wi RÜ Amt vom 22.1o.41) liegt dem Reichsmarschall zur Zeit vor.

A 090579

EC-3
9

Verb.St.d.OKW/Wi RÜ Amt
beim Reichsmarschall

C.U., d.3.1o.41

4

32o/41

An den

Chef des Wi RÜ Amt
General d.J. T h o m a s

B e r l i n

In der Zeit vom 17.9. bis 3o.9.41 haben Erörterungen wehrwirtschaftlicher Fragen im Sinne des Befehls vom 29.7. 41 nicht stattgefunden.

H2862 – 0013

A 090580

H2862 – 0014

Geheime Kommandosache

EC-3
10

3a

Wirtschaftsstab Ost
Fü / Ia

Bartenstein, den 24.9.1941

2. B.Nr. 711 /41 g.Kdos.

2 Ausfertigungen
1. Ausfertigung.

An

Verb.St.d.OKW/Wi Rü Amt
beim Reichsmarschall

Bezug: dortiges Schreiben 31/41 g.Kdos. vom 16.9.41.

Anliegend wird die 3. Ausfertigung des o. a. Schreibens nach Kenntnisnahme zurückgereicht.

I. A.

- 1 Anlage -

A 090581

Anlage 1 z. Schr. ~~OKW Wi Rü Amt~~ Wi Stab Ost B. Nr. 4/11 /41 g Kdos v. 24.9.41

3

Verb.St.d.OKW/Wi Rü Amt
beim Reichsmarschall

31/41 g.Kdos

O.U., den 16.9.41

3 Ausfertigungen
3.Ausf.

La

20.9

EC-3
11

22.9.

Geheime Kommandosache

An den

Chef des Wi Rü Amt
Herrn General d.J. Thomas

Berlin

In der Anlage werden Aufzeichnungen über erörterte wehrwirtschaftliche Fragen gemäß Befehl vom 29.7.41 für die Zeit vom 15.8. bis 16.9.41 vorgelegt.

1 Anlage (5 Blatt)

1. Ausf. Wi Rü Amt
2. " über Min. Rat Dr. Goermann z.d.A. Gen.
3. " z.d.A.

17/9

H2862 - 0015

A 090582

EC-3
12

Verb.St.d.OKW/Wi Rü Amt
beim Reichsmarschall

O.U., den 16.9.41

Anlage zu
Geheime Komma[illegible] 31/41
3. Ausf.

Wirtschaftsaufzeichnungen
für die Berichtszeit vom 15.8. bis 16.9.1941

In der Berichtszeit fanden Besprechungen über wehrwirtschaftliche oder allgemeinwirtschaftliche Fragen nur am 15. u. 16.9. statt. Äußerungen von grundsätzlicher neuer Bedeutung fielen im allgemeinen nicht, sodaß auch hierüber keine Aufzeichnungen möglich waren.

Bei einer Besprechung mit dem Reichskommissar Lohse (Ostland) und später mit dem Gauleiter Dr.Meyer (Reichsministerium für die Ostgebiete) wurde nochmals die grundsätzliche Auffassung über die Kolchowsenfrage bekanntgegeben und darauf hingewiesen, daß die Tätigkeit der Reichskommissare sich in allererster Linie darauf einzustellen habe, die deutsche Kriegswirtschaft zu fördern. Diesem Gedanken hätten sich alle Maßnahmen unterzuordnen. Daher habe er (Reichsmarschall) auch z.B. den Abtransport der Werkzeugmaschinen in die Hand der Wehrmacht gelegt. Ebenso verfüge die Wehrmacht mit ihren Rüstungsdienststellen über diejenigen Rohstoffe und Halbfabrikate usw., die sie bisher erkundet und registriert habe nach den dafür gegebenen Anweisungen. Was jedoch später aus einer etwa wieder in Gang gesetzten Produktion anfiele, darüber hätten die Reichskommissare zu bestimmen, jedoch immer im Sinne der Stärkung der deutschen Kriegswirtschaft, die überall vorginge, insbesondere im Rüstungs- und Ernährungswesen.

An der Besprechung am 16.9., der eine kurze Vorbesprechung am 15.9. voranging, nahmen teil:

der Reichsmarschall,
Staatssekretär Backe, (4 J.P.)
General d.Fl. Gosrau (Verwaltungsamt Ob d L)
Generalleutnant v.Seidel (Gen Q Ob d L)
Generalleutnant Osterkamp (H V A)
Generalleutnant Wendersleben (H V A)
Oberst Baentsch (Gen Q OKH)
Ministerialdirektor Riecke (Wi Stab Ost, 4 J.P. u. Reichsm. Ost)
Generalmajor Nagel (V.Stelle OKW/Wi Rü Amt)
Ministerialrat Dr. Goernnert (Reichsmarschall)
Hptm.i.G.d.Lw. v.Brauchitsch (Reichsmarschall)

H2862 - 0016

A 090583

H2862 - 0017

EC-3
13

Bei dieser Besprechung, die die bessere Ausnutzung der besetzten Gebiete für die deutsche Ernährungswirtschaft zum Gegenstand hatte, wies der Reichsmarschall auf folgendes hin:
Es hat den Anschein, als ob die Wehrmacht zu viel von der Heimat, insbesondere an Konserven, anfordert. Die Versorgung muß, abgesehen von Tabakwaren, Chokolade, Trockengemüse u.dergl., für die im Ostgebiet eingesetzten oder untergebrachten Truppen aus den besetzten Gebieten selbst aufgebracht werden. Gelingt dies nicht, etwa aus ungenügender Organisation oder aus Rücksicht auf die Landeseinwohner, aus Transportschwierigkeiten, aus Bequemlichkeit, weil die Verwendung von Konserven einfacher ist, so müssen diese Gründe beseitigt werden. Auf keinen Fall gebe ich die Genehmigung zum verstärkten Nachschub aus der Heimat, die - namentlich bei der Fleischversorgung - zu einer Verringerung der Sätze für die deutsche Zivilbevölkerung führen müßte. Dazu gebe ich auf keinen Fall meine Einwilligung.

Die Stimmung in der Heimat würde dadurch leiden oder unsicher werden. Die Heimat hat schon genug zu tragen (Bombenabwürfe, steigende Verluste, langsame Erfolge im Osten, dazu kommt, daß dieser Krieg der zweite Krieg innerhalb einer Generation ist). Die feindliche Propaganda würde eine vorzügliche Waffe bekommen. Sie arbeitet schon heute damit, den Einwohnern in den besetzten Gebieten beizubringen, immer wieder nach Verpflegung zu schreien, die Vorräte zu verstecken, Ernährungsmittel nicht abzuliefern usw., damit überall - nicht zuletzt in der Heimat, - Ernährungsschwierigkeiten und schlechte Stimmung, verbunden mit dem Sinken der Moral, entstehen.

Es ist klar, daß eine Abstufung in der Ernährung nötig ist.

Zunächst kommt die kämpfende Truppe, dann die übrigen Truppen in Feindesland und dann die Heimattruppe. Die Sätze sind dementsprechend eingerichtet. Dann wird die deutsche nichtmilitärische Bevölkerung versorgt. Erst dann kommt die Bevölkerung in den besetzten Gebieten.

Grundsätzlich sollen in den besetzten Gebieten nur diejenigen in der entsprechenden Ernährung gesichert werden, die für uns arbeiten. Selbst wenn man die sämtlichen übrigen Einwohner ernähren wollte, so könnte man es im neubesetzten Ostgebiet nicht.

A 090589

H2862 - 0018

EC-J 14

Daher ist es falsch, hierfür Lebensmittel abzuzweigen, wenn der Truppe diese entzogen werden und dadurch erhöhter Nachschub aus der Heimat erforderlich wird. Auch bei den Norwegern und Holländern, die sich uns gegenüber stets dickfellig zeigen, sollte man keine falschen Rücksichten gelten lassen: sie bleiben dickfellig, auch wenn man sie besser ernährt. Noch immer haben die Norweger keine genügenden Anstrengungen gemacht, um uns die versprochenen Fische zu liefern. Daher sollte man sie kurz halten, bis sie lieferten. Auch muß man in den Gebieten, in denen Sabotage verübt wird, mit Einschränkung der Versorgung vorgehen.

Auf der anderen Seite soll nicht verkannt werden - und mir liegen Nachrichten darüber vor -, daß auch die Truppen in den besetzten Gebieten sparen könnten. Soldaten haben immer Appetit, was sie kriegen können, essen sie, auch wenn es für ihre Ernährung nicht unbedingt erforderlich ist. Daraus entstehen dann die zusätzlichen Schweine- und Rindviehrequirierungen gegen fragliche Empfangsscheine oder auch ohne diese. Wenn bei den vordersten Truppen hier nicht immer die Regel innegehalten werden kann, so schlägt dies nicht so sehr ins Gewicht. Ich wende mich aber gegen alle zusätzlichen Requirierungen oder Ankäufe der sonstigen Truppen, wenn den Ankäufen gegenüber kein entsprechender Minderempfang bei den Verpflegungsausgabestellen eintritt. Es muß Aufgabe aller Dienststellen sein, hierfür zu sorgen, sonst entsteht eine unnötige zusätzliche Verpflegung aus den besetzten Gebieten ohne Entlastung der Heimat. Die Truppe muß hier zur Sparsamkeit und Ordnung erzogen werden.

Bei der Verpflegung der bolschewistischen Gefangenen sind wir im Gegensatz zur Verpflegung anderer Gefangener an keine internationalen Verpflichtungen gebunden. Ihre Verpflegung kann sich daher nur nach den Arbeitsleistungen für uns richten.

Die Versorgung der Truppenpferde mit Hafer muß revidiert werden. Die hohen Sätze sind nicht erforderlich. Die Pferde müssen auf teilweise Mais- und andere Futterarten gesetzt werden, damit wir den schwerarbeitenden Heimatpferden den Hafer nicht noch mehr entziehen. Der Nachschub an Hafer aus der Heimat muß unbedingt für den Osten gedrosselt werden.

Ebenso gebe ich nicht meine Einwilligung, daß in der Heimat noch Pferde ausgehoben werden. Ich verweise auf die Panjepferde, die zudem noch fast ohne Hafer auskommen können.

A 090585

H2862 – 0019

EC-3
15

In den besetzten Ostgebieten muß das Heer die Pferde einziehen, die es gebraucht.

Bei der Viehinanspruchnahme in den besetzten Gebieten soll nicht eine Rücksicht auf die Verpflegung der Einwohner oder auf den Wiederaufbau der Nachzucht in den Vordergrund treten, sondern die höchstmögliche, aber ordnungsgemäße Ausnutzung der Viehbestände zur Frischfleischversorgung und vor allem zur Herstellung von Dauerware. Hierzu werden noch besondere Maßnahmen erforderlich sein.

Der Reichsmarschall ließ dann die praktischen Maßnahmen erörtern, die auf Grund seiner Ausführungen und der gegebenen Lage erforderlich wären. Hieraus seien hervorgehoben:

1.) Die Getreidevorräte sind nicht in der Hand der Bevölkerung zu lassen, sondern baldigst zu erfassen, zu stapeln, sorgfältig zu pflegen und unter Bewachung zu stellen.

2.) Die Viehherden sind zu erkunden. Es ist anzunehmen und vielfach festgestellt, daß die aus den Dörfern verschwundenen Tiere noch in den Wäldern oder abseits der Rollbahnen und Truppenunterkünften vorhanden sind. Soweit diese Rinder nicht zur Frischfleischversorgung verwandt werden, sind sie im großen Maße abzuschlachten und zu Dauerware zu verarbeiten.

3.) Für die Erfassung des Viehs sollen deutsche Händler herangezogen werden, die für die Lieferung einen Stücksatz erhalten sollen. (Bezahlung an die Verkäufer gemäß allgem. Richtlinien)

4.) Die Schlacht- und Verarbeitungsmöglichkeiten (siehe Ziffer 2) sind sofort zu vermehren. Dazu sollen durch das Reichsernährungsministerium zivile Schlächter mit Schlacht- und Verarbeitungsgerät eingesetzt werden. Auch sollen deutsche Fleischkonservenfabriken, die still liegen, in den Osten verlegt werden.

5.) Für den Antransport des Viehs und die Weiterleitung der Fertigware sollen besondere Lastkraftwagen vom Gen.Q. gestellt werden. Zunächst sind rund 1 200 LKW vom Gen.Q. in Aussicht gestellt. Wi Stab Ost (Ministerialdirektor Riecke) wird Vorschläge für den Einsatz im Operationsgebiet machen.

A 090586

H2862 - 0020

EC-3
16

6.)Da sich die Kapazität der Fleischwarenwerke (z.B.Maistas im Ostland) als zu gering erwiesen hat, sollen Rinder (lebend) nach Deutschland abtransportiert werden. Transportchef hat Transporte zugesagt.

7.)Da die Erfassung des Viehs und anderer Lebensmittel in den von Truppen nicht besetzten Gebieten auf Schwierigkeiten stößt, ist eine erhebliche Vermehrung der Sicherheitstruppen und deren u.U. beweglicher Einsatz in den Erfassungsgebieten erforderlich. Gen.Q. hat dieses zur Kenntnis genommen.

8.)Aus wirtschaftlichen Überlegungen ist die Eroberung großer Städte nicht erwünscht. Ihre Einschließung ist vorteilhafter. (Reichsmarschall.)

Nagel

Abgeschlossen: 16.9.41 12.oo Uhr.

A 090587

H2862 -0021

EC-B
17

(2)

Geheime Kommandosache

Verb.St.d.OKW/Wi Rü Amt
beim Reichsmarschall

17/41 g.Kdos

O.U.d. 14.8.41

3 Ausfertigungen
3.Ausf.

Gekwarf

An den

Chef des Wi Rü Amt
Herrn General d.J. Thomas

Berlin

In der Anlage werden Aufzeichnungen über erörterte wehrwirtschaftliche Fragen gemäss Befehl vom 29.7.41 vorgelegt. Da der Reichsmarschall in der Berichts = zeit (ab 29.7.41) nicht anwesend war, so konnten aus der Be= richtszeit vom 1. - 14.8. keine Aufzeichnungen gemacht wer= den. Es sind jedoch frühere, zum Teil wohl bekannte, Äusserun= gen zusammengestellt und in die ersten "Wirtschaftsaufzei= chnungen für die Zeit vom 1. - 14.8.41" aufgenommen.

Nagel

1.) ab direkt General am 14.8. abends
2.) Durchschlag pers. Akte General S 14/8
3.) zdr Ngl

Wi A

A 090588

H2862 – 0022

Anlage zu: Verb.St.d.OKW/Wi Rü Amt beim Reichsmarschall 17/41 g Kdos

EC-3 18 v. 14.8.41

Verb.St.d.OKW/Wi Rü Amt
beim Reichsmarschall

O.U.d.14.8.41

Geheime Kommandosache

W i r t s c h a f t s a u f z e i c h n u n g e n
für die Berichtszeit vom 1.-14.8.1941 (u.früher)

Bohrungen für Mineralöl. Der Reichsmarschall hält es für nötig Bohr- und Fördergeräte im grossen Umfang bereit zu halten, um bei den etwa zerstörten Anlagen sofort mit Neubohrungen und Förderungsanlagen - auch in den bisher nicht ausge = nutzten Gebieten - beginnen zu können.
Bemerkung: Russische Werke, die Bohrgeräte herstellen kön= nen, befinden sich in Baku, Molotow, Tuapse, Moskau, Podolsk, Perwouralsk, Werchny Serginsk, Kungar(Geb.Molotow), Stryj (Westukraine) und Boryslaw (Geb.Drohobycz). Die Werke in Stryj und Boryslaw sind nach Angabe von Rittmeister Will (26.7.41) zerstört, bzw. nicht betriebsfähig.

Bodenverbesserungen. Der Reichsmarschall wies bei Unterhaltungen wiederholt darauf hin, dass man mit der Verbesserung der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen dort beginnen solle, wo mit wenig Mitteln der grösste Erfolg erzielt werden könne. Man soll keine unwirtschaftliche Arbeit auf magere Böden ansetzen. Er warne auch vor der vielfach beliebten "Sumpftrockenlegung", die meist zu einer Verschlechterung des Wasserhaushalts durch Veränderung des Grundwasserstan= des und zu schnellem Wasserdurchfluss geführt hätte.

Ernährungsfragen. Der Reichsmarschall glaubt nicht, dass man aus der diesjährigen Ernte einschl. der Vorräte des besetzten Ost= gebietes mehr als 1 Mill. to. Überschussgetreide für die Ernährung Deutschlands herausholen könne; vermehrt um die Mengen, die die Truppe in den besetzten Gebieten verbraucht.
Im übrigen rechnet der Reichsmarschall mit gros= sen Menschenverlusten aus Ernährungsgründen bei den in Richtung des Sowjetraumes sich bewegenden Massen und in den grossen Städten.

Judenbeschäftigung. Der Reichsmarschall hat geäussert, dass die Ju= den in den von Deutschland beherrschten Gebieten nichts mehr zu suchen hätten. Wo man sie zur Arbeit einsetzen müsste, müsste dies in Form von Arbeitsformationen geschehen.

Die

A 090589

EC-3
19

Die Juden seien gewissermassen wie in Gefangenenlagern zu Arbeits-Bataillonen zusammen zu fassen und zu kasernieren, wenn sie nicht die Möglichkeit gehabt hätten, abzuwandern. Irgend welche arbeitsmässige Betätigung, anders wie hier angegeben, seien den Juden nicht zu erlauben. Kleinere Ausnahmen zu Anfang der Besetzung könne man gestatten. Die Ernährung sei besonders zu regeln und zu überwachen. Im übrigen sei es zu ehrenvoll, die Todesstrafe bei den Juden durch Erschiessen zu vollziehen. Man müsse befehlen, dass sie gehängt würden.

Kolchosen. Der Reichsmarschall äusserte, dass er grundsätzlich jedes bolschewistische System ablehnen und beseitigen werde. Es könne daher auch keine Rede davon sein, das Kollektiv-System der Kolchosen auf die Dauer aufrecht zu halten. Der Zeitpunkt der Umwandlung sei jedoch noch nicht gekommen. Es sei gefährlich, jetzt eine Änderung der landwirtschaftlichen Produktions- und Erfassungseinrichtungen zu treffen. Man könne ja den Bauern sagen, dass eine Änderung herbeigeführt würde und dass die Bauern, die fleissig arbeiteten und ablieferten sich die Anwartschaft dadurch erwerben auf spätere Landzuteilung. Der Reichsmarschall lehnte es aber ausdrücklich ab, jetzt eine neue Landverteilung vorzunehmen oder durch die Gemeinden vornehmen zu lassen. Erst hätten die Bauern Leistungen aufzuweisen, dann erst könne man ihnen zu Eigentum verhelfen. Der Herr Reichsmarschall hat dagegen keine Einwendungen gegen die Wiederherstellung der bäuerlichen Betriebe in den neuen russischen Gebieten, in denen die Kolchoswirtschaften erst in der Vorbereitung oder in der Einrichtung begriffen sind. Hier soll man, den Verhältnissen entsprechend, die Bauernwirtschaften wieder herstellen.

Mineralöltransport. Der Reichsmarschall hat den Staatssekretär Körner mit der Prüfung der Frage beauftragt, ob neue Pipelines aus Rumänien - Galizien in Richtung Deutschland nötig seien. Eine Antwort ist mir nicht bekannt geworden.

Mineralölversorgung. Auf eine Anfrage des Chefs des Wi Rü Amt vom 23.7.41 (11 Fragen) hat der Reichsmarschall am 28.7.41 zustimmend im Sinne der Anfrage geantwortet.

Die

H2862 - 0023

A 090590

H2862 - 0024

EC-3
20

Die Anfrage lautet:

Alle von uns besetzten Gebiete wurden bisher fast völlig aus dem Kaukasus mit Mineralölen versorgt.

Für die Verwaltung und die Wirtschaft, insbesondere die Bergung der Ernte und Feldbestellung werden voraussichtlich in nächster Zeit nicht unbeträchtliche Mineralölmengen benötigt, während andererseits eine Beschaffung aus dem Kaukasus vorläufig nicht in Frage kommt. Ob und in welchem Umfange später Einfuhren von dort möglich sind, lässt sich z.Zt. nicht übersehen. Es besteht auf alle Fälle ein dringender Bedarf für Deutschland, Italien und die besetzten Gebiete im Westen.

Das Wi Rü Amt beabsichtigt, keine Abgaben aus den bisher uns zur Verfügung stehenden Quellen zuzulassen und die aus dem Kaukasus verfügbaren Mengen in erster Linie zur Deckung der vordringlichsten Bedürfnisse Deutschlands usw. heranzuziehen.
Kann in diesem Sinne verfahren werden, selbst wenn hierdurch weitgehende Schäden in der russischen Landwirtschaft verursacht werden?

Kaukasus . Falls das Gebiet von uns besetzt würde, so müsste der dortige Reichskommissar, der ja fast ausschliesslich wirtschaftliche Aufgaben habe, ihm - dem Reichsmarschall - unmittelbar und restlos unterstellt werden und nur von ihm seine Weisungen erhalten, die natürlich mit den Anweisungen für den Mineralölbeauftragten abzustimmen seien.

Rohstoffe . Eine weitere Anfrage des Chefs des Wi Rü Amt vom 23.7. 41 (11 Fragen) lautete:

Können die in Russland vorgefundenen Rohstoffe, soweit erforderlich, zur Deckung des Bedarfs der deutschen Wirtschaft herangezogen werden ohne Rücksicht auf die durch weitgehende Stillegung der russischen Industrie sich ergebenden Folgen ?
Der Reichsmarschall hat geantwortet (28.7.), dass die Rohstoffe dort eingesetzt werden müssten, wo ihr Einsatz den stärksten Erfolg für die deutsche Wirtschaft brächte. Stillegungen russischer Betriebe würden sich hierbei nicht vermeiden lassen.

Verkehrsfragen

4 090591

H2862 - 0025

EC-3
21

Verkehrsfragen. Der Reichsmarschall äusserte, er müsse auf die Verkehrsfragen im Ostgebiet einen entscheidenden Einfluss nehmen. (Ausbau der Kanäle Schwarzes Meer - Ostsee; Binnenschiffsbau; Seetransporte usw.; Ausbau der Bahnen usw.).

Versorgungsfragen. Der Reichsmarschall hat verschiedentlich darauf hingewiesen, dass man dem Soldaten keine Schwierigkeiten machen solle, wenn er sich privat versorge. Natürlich dürfe nichts vergeudet werden; aber man solle nicht kleinlich verfahren, auch nicht bei Grenz- und Zollkontrollen. Natürlich müsse für die Erfassung und den Abtransport im Grossen eine Ordnung herrschen (28.7.41).

Wagner

A 090592

Der Chef
des Wehrwirtschafts- u. Rüstungsamts
im Oberkommando der Wehrmacht

Berlin W62, den 29.7.1941
Kurfürstenstraße 63-69
Fernsprecher: Ortsverkehr / Fernverkehr / Sammelnummer 240016
Postanschrift: Berlin W35, Tirpitzufer 72-76

(1) EZ-7 22

118/41

Herrn

Generalmajor N a g e l
Vertreter Wi Rü Amt beim Reichsmarschall
R o b i n s o n

Herrn

Major Dr. R u d e l s d o r f f
VO Wi Rü Amt / L
W o l f s s c h a n z e

Ich lege besonderen Wert darauf, daß die Auffassungen und Weisungen, die vom Reichsmarschall bezw. vom Generalfeldmarschall Keitel auf den Arbeitsgebieten des Wi Rü Amtes bei Vorträgen oder sonstigen Gelegenheiten ausgesprochen oder festgelegt werden, tagebuchmäßig niedergelegt werden. Vor allem sind dabei die laufend anfallenden Probleme und die Art ihrer Erledigung festzulegen. Ich bitte daher, daß Sie Ihre Tätigkeit und die sich daraus ergebenden Aussprachen und Vorträge mit den oben genannten Herren, in wichtigen Fällen auch mit anderen Herren wie Staatssekretär Körner, General Jodl, General Warlimont usw. tagebuchartig festlegen, wobei nicht eine Aufzählung Ihrer Tätigkeit sondern eine Klarlegung der Probleme und Auffassungen im Vordergrund stehen muß. Zum 1. und 15. jeden Monats bitte ich mir einen Abdruck dieser Aufzeichnungen zu meiner Orientierung zu übersenden.

Wi A 1

H2862 – 0026

A 090593

EC-3

H-2862

Filed Dec. 17, 1945
R.S. Wiley
Secy.

INTERNATIONAL MILITARY TRIALS · NÜRNBERG ·

EXHIBIT U.S.A.

318

(EC-3)

A 090570

H2862 - 0027

EXHIBIT U.S.A. 318 (EC-3)

H2862-0028

260

H2862-0029

EXHIBIT U.S.A. 378 (EC-3)